

Resümee der Tagung
„Civil Society and Civilian Crisis Management: Enhancing Cooperation
and Coherence by Multi Level Dialogues“
2. bis 4. Februar 2007, Berlin-Spandau

Staat und Zivilgesellschaft sind in der Europäischen Union (EU) und in den Ländern des „Südens“ darauf angewiesen, in einem Dialog auf mehreren Ebenen die Zusammenarbeit intensiver als bisher zu praktizieren und sich in ihrer Arbeit gegenseitig zu unterstützen. Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Prävention von gewaltförmigen Konflikten, deren Bearbeitung und bei der Konfliktnachsorge wird in einigen, nicht allen Ländern des „Nordens“ zunehmend anerkannt. Hier setzt sich die Erkenntnis durch, dass sowohl der Staat und seine Einrichtungen als auch die zivilgesellschaftlichen Akteure nur in Kohärenz und Kooperation nachhaltige Ergebnisse für ein stabiles und funktionierendes staatliches Gemeinwesen erzielen können. Für die Partner im „Süden“ gilt dies nicht in gleicher Weise. Festzuhalten ist trotz dieser unterschiedlichen Voraussetzungen die weltweite Entwicklung, Nichtregierungsorganisationen in ihrer positiven Rolle für die Entwicklung von Demokratie und der Durchsetzung von Menschenrechten zu stärken. Daher wird auch die wechselseitige Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft konzeptionell, materiell, in manchen Staaten sogar institutionell gefördert und der wechselseitige Dialog intensiviert¹. Staat und Zivilgesellschaft sind aufeinander angewiesen. Wo kein Staat ist, kann sich auch keine Zivilgesellschaft entwickeln. Und wo keine Zivilgesellschaft arbeitet, gedeiht auch kein Staat.

Zu diesem aktuellen und zukunftsweisenden Thema hat die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ihre Jahrestagung 2007 unter dem Titel „Civil Society and Civilian Crisis Management: Enhancing Cooperation and Coherence by Multi Level Dialogues“ vom 2.- 4. Februar 2007 in Berlin-Spandau in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Iserlohn durchgeführt. Die internationale Tagung sollte einen Beitrag zur verbesserten Kooperation und Kohärenz von Staat und Zivilgesellschaft auf der Ebene der Europäischen Union, im Süden und im Verhältnis zueinander leisten.

Die teilnehmenden zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure profitierten von sehr unterschiedlichen Erfahrungen zu Chancen, Defiziten und Herausforderungen. Ansatzpunkte zum Themenfeld „Nord-Süd-Politik“ ergaben sich aus den Initiativen der Partnergruppen aus dem „Süden“, mit denen teilhabende Organisationen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung kooperieren. Die verantwortlichen Partner aus den Südländern berichteten ausführlich über die kritische Situation in ihren Regionen. Insgesamt 125 Verantwortliche von Nichtregierungsorganisationen aus Kirgisien, Kenia, Rwanda, Kroatien, Finnland, Mexiko, Russland, Tschad, Sudan, Uganda und Papua-Neuguinea und der Europäischen Union, Vertreter/innen des Bundestages, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von europäischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen führten den Dialog in Arbeitsgruppen und Plenarveranstaltungen. Themen waren Transitional Justice, Menschenrechte, Demokratisierungs- und „People Building-Peace“-Prozesse, Friedensallianzen und Dynamik und Wandel aus der Gender- bzw. Frauenperspektive. Informiert wurde über die Intensivierung der Kommunikation von Nichtregierungsorganisationen mit EU-Einrichtungen bzw. Gremien im Zuge des Prozesses „Role of Civil Society - European Civilian Crisis Management“ (RoCS).

In der EU ist der Prozess zur Stärkung der Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei der zivilen Krisenprävention unter der Überschrift „Role of Civil Society in European Crisis Management“ (RoCS) bereits 2006 in Gang gekommen. Begonnen hatte er während der finnischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union im 2. Halbjahr 2006 auf Initiative der fin-

¹ Weiterführende Literatur siehe u. a.: Martina Fischer, *Civil Society in Conflict Transformation. Ambivalence, Potentials and Challenges*. BERGHOF, Berlin 2006; Thania Paffenholz/Christoph Spurk, *Civil Society, Civic Engagement and Peacebuilding*. Research paper commissioned by the Social Development Department of the World Bank, Washington D.C. 2006; Christoph Weller (Hg.), *Zivile Konfliktbearbeitung. Aktuelle Forschungsergebnisse*, INEF-Report 85/2007, Duisburg.

nischen Organisationen Crisis Management Initiative (CMI) und dem Civil Society Conflict Prevention Network (KATU) sowie dem European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), Brüssel. Er wird von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 weitergeführt. Zum RoCS-Prozess veranstalteten die finnischen Organisationen im September 2006 eine internationale Konferenz in Helsinki. Empfehlungen daraus wurden unter dem Titel „Enhancing Co-operation with NGOs and Civil Society Organisations“ im Jahre 2006 auf der EU-Ebene diskutiert und vom Committee for Civilian Aspects of Crisis Management (CIVCOM) und vom Political and Security Committee (PSC) in modifizierter Form gebilligt. Sie stehen nun auf der Tagesordnung des Rates der EU zur Implementierung an. EPLO, CMI und die Bertelsmann-Stiftung haben die Empfehlungen in einem zweiten Schritt zur Weiterentwicklung während der deutschen Ratspräsidentschaft aufgegriffen. Das Auswärtige Amt unterstützt diese Bemühungen politisch und finanziell. Dazu werden Studien über zivile EU-Missionen in der DR Kongo und in Somalia/Somaliland sowie Gespräche zur Sicherheitssektorreform durchgeführt. Eine Konferenz „Partners in Conflict Prevention and Crisis Management: EU and NGO Cooperation“ hat vom 20. bis 21. Juni 2007 in Berlin stattgefunden.

Die wesentlichen Fragen und Ergebnisse der Tagung waren:

1. Welchen Stellenwert hat die zivile Krisenprävention in der EU? Wie steht es insbesondere um die Einbeziehung lokaler Akteure im Rahmen der Entwicklungs- und friedenspolitischen Kooperationen im außereuropäischen Raum?

- Die EU hat bisher keine ausreichende Vorstellung davon, wie Krisenprävention - bzw. nach deutschem Sprachgebrauch zivile Konfliktbearbeitung - unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zu konzipieren und zu realisieren ist. Obwohl die EU die zivilen und die militärischen Aspekte der Krisenprävention im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie als gleichwertig ansieht, überwiegen de facto die militärischen Kapazitäten bezüglich der politischen Entscheidungsgremien, des Personals und der verfügbaren Finanzen. Es gibt z.B. im Vergleich zur sehr schnell gegründeten Rüstungsagentur nur unzureichend ausgestattete zivile Kapazitäten bzw. zivilgesellschaftlich orientierte Schaltstellen oder Institutionen in der EU.
- Weil aber Friedenspolitik der EU im Wesentlichen nicht in Brüssel gemacht wird, müssen die Nichtregierungsorganisationen der Mitgliedsländer ihren Einfluss auf die eigenen Regierungen verstärken. Die Brüsseler Lobbyarbeit im Rahmen des European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), bei der die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung Mitglied ist, und die nationale Lobbyarbeit müssen aufeinander abgestimmt sein. Hinzuarbeiten ist auf verbesserte institutionelle Regelungen zum Krisenmanagement in der EU. Dazui zielen zentrale Forderungen auf:
 - (1) bessere Kooperation der EU-Institutionen, damit Entwicklungspolitik in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausreichend berücksichtigt wird;
 - (2) Entwicklung von Mechanismen wie Frühwarnsysteme, um Prävention und Krisenmanagement effektiv zu verknüpfen;
 - (3) Verbesserung von Prävention und Krisenmanagement durch mehr Kooperation mit NGOs und Nutzung ihrer Expertisen;
 - (4) Einbeziehung einer kohärenten Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in die Entwicklung einer Strategie gegen den Terrorismus.

Konsens herrschte dazu, dass die Bemühungen um die Stärkung der zivilen Krisenprävention während der folgenden Ratspräsidentschaften Portugals und Sloweniens fortgeführt werden sollten.
- Eine verbesserte Kooperation der EU mit Nichtregierungsorganisationen in Krisengebieten ergibt sich aus dem „Stabilitätsinstrument“, einem der fünf neuen Instrumente, die ab 2007 die Rechts- und Finanzierungsgrundlagen für eine gemeinschaftliche EU-Außenpo-

litik bilden. Das „Stabilitätsinstrument“ ermöglicht kurzfristige zivile Maßnahmen in Krisen, z.B. nichtmilitärischer friedensbildender und -erhaltender Art sowie Wiederaufbaumaßnahmen nach Konflikten oder Naturkatastrophen. Von Bedeutung kann der von der Kommission vorgelegte verbindliche Vorschlag für eine „Peacebuilding Partnership“ werden². Dies ist ein Erfolg der Grünen Fraktion des Europäischen Parlaments und von EPLO.

- Die Empfehlungen des Committee for Civilian Aspects of Crisis Management (CIVCOM) vom 20. November 2006 (siehe Dokument CIVCOM 15574/06 im Anhang), unterstützt vom Political and Security Committee (PSC), zur Implementierung der Ergebnisse des Projektes „Role of Civil Society“ im Frühjahr 2008 sind eine gute Basis für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen.
- Ein weiteres Ergebnis der Tagung war: EPLO solle sich stärker für die Belange der Süd- und Transformationsländer in Sachen Krisenprävention engagieren und Vertreterinnen und Vertreter der Partner im Süden in die Lobbyarbeit innerhalb der EU einbeziehen. Die auf der UN-Ebene begonnene „Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict“ (GPPAC) hat sich in einzelnen Regionen positiv auf die Entwicklung ziviler Krisenprävention ausgewirkt und sollte ausgebaut werden.
- Auf der nationalen Ebene wäre es hilfreich, wenn die einschlägig zuständigen Ressorts der Bundesregierung, z.B. das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die gelegentlich als Konkurrenten erscheinen, ihre spezifischen Arbeitsfelder durch gemeinsame Vorstellungen von Politik und Konzepten überbrücken könnten, u.a. durch Verzahnung von Friedensbemühungen zum Schutz der Menschenrechte. Der im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung (2004) formulierte Paradigmenwechsel zum Vorrang zivilen Vorgehens bei Konflikten sollte entgegen dem gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand, der sich aus dem 1. Durchführungsbericht 2006 ergibt, mit neuen Anstrengungen umgesetzt werden. Die Zivilgesellschaft in Deutschland sollte dies deutlich einfordern. Es ist nicht hilfreich für die zivile Krisenprävention, dass das Weißbuch des Bundesministeriums der Verteidigung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr (2006) mehr politische und öffentliche Aufmerksamkeit genießt als der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“.

2. Welche besondere Rolle spielen lokale zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen in Konfliktsituationen oder in Transformationsgesellschaft der „Süd“ – und Transformationsländer?

- Nichtregierungsorganisationen, die in Süd- und Transformationsländern für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten, „Good Governance“ und gegen Gewalt eintreten, arbeiten in einem asymmetrischen Verhältnis zu den Regierungen ihrer Länder, also unter völlig unterschiedlichen Bedingungen im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen in Europa. Sie setzen sich mit Problemen auseinander, die sich ergeben aus ethnischen Konflikten, aus dem Gegensatz von Stadt und Land, aus Ressourcenkonflikten oder als Folge mangelnder Beachtung von Gesetzen. Sie werden von staatlichen Stellen und den von diesen gelenkten Medien tendenziell bekämpft und unterdrückt und haben es deshalb schwer, sich zu etablieren oder gar mit ihren Forderungen durchzusetzen. Besonders schwer haben es Nichtregierungsorganisationen in Ländern mit autoritären Regimes, wenn diese vom Ausland unterstützt werden. Einzelne Mitgliedstaaten der EU blockieren Friedensprozesse, wie am Beispiel des Tschad nachweisbar ist. In solchen

² Vgl. Schreiben von Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin der EU für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, vom 7. Juni 2006 an den Vorsitzenden des Committee on Foreign Affairs, Human Rights, common Security and Defense Policy des Europäischen Parlamentes. Darin werden sechs Elemente einer Peacebuilding Partnership aufgeführt, www.angelika-beer.de, Artikel: Peace Building Partnership. Das Schreiben befindet sich im Anhang.

Fällen sollten nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen oder Friedenssallianzen die lokalen zivilgesellschaftlichen Kräfte stützen.

- Ein zentrales Ergebnis der Begegnung war die gemeinsame Erkenntnis, dass in Konfliktsituationen die nichtmaterielle Unterstützung mindestens ebenso wichtig ist wie Geld und Arbeitsmittel. „Partnership is not about money, but about shared values and vision of society“. Konsequenz ist darauf zu achten, dass die lokalen Initiativen die „Eigentümer“ der von ihnen angestoßenen Entwicklungsprozesse in ihren Ländern werden und dann auch bleiben (Grundsatz der „ownership“) und ihre Unabhängigkeit weder an die Regierungen ihrer Länder noch an ausländische Sponsoren und „Partnergruppen“ verlieren. („We have to be careful not alone to be captured by our government but also not to be captured by the donors“).
- Vertrauen in die lokale Zivilgesellschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für gelingende Friedensprozesse. Die „südliche“ Expertise muss für „südliche“ Fragestellungen nutzbar gemacht werden. Denn die lokalen Träger haben die bessere Kenntnis der Entwicklung vor Ort und tragen langfristig die Folgen jeglichen Handelns („At the end of the day peace building is about the pain of the people“). Die Nichtregierungsorganisationen des Nordens haben oft nur einen eingeschränkten Blick auf die Situation vor Ort, sehen und hören oft nur selektiv. Um die lokalen Nichtregierungsorganisationen wirksam werden zu lassen, müssen die Projekt- und Förderbedingungen den lokalen Erfordernissen und Möglichkeiten angepasst werden („We started as a movement and ended up in a project“).

3. Welche Erwartungen stellen die eingeladenen Partnergruppen an die Adressen der europäischen und deutschen Politik zur Krisenprävention? Welches sind die richtigen Themen und Organisationsstrukturen?

- Die Nichtregierungsorganisationen der Süd- und Transformationsländer erwarten von den Nichtregierungsorganisationen und den Regierungen der Länder des Nordens, dass diese die asymmetrische Notlage und die Isolation aufbrechen und helfen, die Voraussetzungen für „Good Governance“ zu schaffen, auf deren Grundlage Demokratie und Menschenrechte gedeihen können. Dazu wünschen die Partner aus dem Süden direkte Zugänge zu Institutionen der EU.
- Nördliche Partner liefern nicht nur Geld, sondern Solidarität, Zugänge zu Netzwerken, Arbeitsmittel, vermitteln Wissen und Training und damit Empowerment, Zugang zu Entscheidungsträgern und zu meinungsbildenden und internationalen Beobachtern. Sie bieten Schutz und Informationen aus erster Hand. Sie machen Lobbyarbeit und üben Druck auf die eigene Regierung und die EU aus. Wichtig sind ferner Advocacy-Arbeit, Netzwerkarbeit mit internationalen Organisationen und die Unterstützung von politischen Mediationsprozessen z.B. durch akteursübergreifende Foren. Die Partnergruppen des Nordens müssen die gleichen Standards erfüllen wie die im Süden. Doppelte Standards sind also nicht erwünscht. Die Organisationen des Nordens sollten den Entscheidungsträgern in Europa die Begriffswelt ihrer Partnergruppen im Süden „übersetzen“.
- Wichtige Themen ergeben sich aus der symbiotischen Verbindung von Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten, wie an dem künftig wichtigen Themenbereich „Transitional Justice“ deutlich wird.
- Je mehr Staaten im Süden und in Transformationsländer unter Mangel an innerer Stabilität oder gar Staatszerfall leiden, desto mehr Unterstützung in Krisenprävention wird nachgefragt. Die Tendenz ist steigend. Jedoch wird weder von der EU noch von ihren Mitgliedstaaten bilateral ausreichende Unterstützung gewährt, sei es mangels Strukturen, notwendiger Ressourcenbewilligung oder unzureichender Ansätze. Allein entscheidend hierfür ist letztlich der fehlende politische Wille.

4. Wie reagiert die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung?

Der Verlauf der Tagung und die vorliegenden Beiträge (siehe unten stehende Auflistung zum Download) verdeutlichen, wie wichtig institutionalisierte oder informelle Dialogforen und eine kontinuierliche Beteiligung der Partner aus dem „Süden“ sind, um zu mehr und effizienteren Kooperations- und Kohärenzstrukturen zwischen den Partnern der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Ebenen zu gelangen. Das Wahrnehmen und die Einbeziehung der lokalen Konfliktsensibilitäten und insbesondere die unterschiedlichen Bedingungen und Formen der zivilen Konfliktregelung sind von den Akteuren des „Nordens“ unbedingt zu berücksichtigen und zukünftig stärker als bisher in die Projektarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen einzubeziehen. Hierzu konnte die Tagung einen ersten wichtigen Schritt leisten: Dialoge und das gegenseitige Wahrnehmen konnten begonnen werden, konkrete Absprachen für die zukünftige Zusammenarbeit – auch mit den Akteuren auf der staatlichen Ebene – bleiben ein Desiderat, dass auch über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hinaus von aktueller und entscheidender Bedeutung sein wird.

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und ihre Teilhabenden fordern und fördern die Stärkung der zivilen Krisenprävention in der EU und die Einbeziehung der lokalen außereuropäischen Akteure. Sie praktizieren den Partnerbezug zwecks Stärkung der „ownership“ der lokalen Träger. Das Plenum der Plattform 2007 hat sich geeinigt, an folgende thematischen Schwerpunkten weiterzuarbeiten: Konfliktfelder zivil-militärischer Beziehungen, deutsche Außen- und Entwicklungspolitik, Friedensmacht Europa, internationale Kooperation und zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland.

Dank

Die Veranstalter haben einer Reihe von teilhabenden Organisationen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Amnesty International, Berghof Forschungszentrum, Diakonisches Werk Menschenrechte/ Brot für die Welt, Forum Crisis Prevention, World Vision) sowie dem Evangelischen Entwicklungsdienst zu danken, ohne deren Bereitstellung von Arbeitskraft und finanziellen Mitteln die Tagung nicht hätte realisiert werden können. An dieser Stelle gilt unser Dank auch Sabine Klotz, die die einzelnen Beiträge redaktionell bearbeitet hat. Dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) ist für die Bereitstellung der Kartenskizzen zu danken. Martina Schöttes hat intensiv Korrektur gelesen und Jörg Lehmann die Internetpräsentation vorgenommen. Sie sind in den Dank eingeschlossen.

Für den Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V. und die Evangelische Akademie Iserlohn:

Ulrich Frey und Uwe Trittman

Im Folgenden sind die zur Verfügung gestellten Beiträge der Tagung zum Download aufgelistet. In Ergänzung dazu findet sich eine Liste der Teilnehmenden und das Programm der Tagung.

Conference Proceedings

- 1 ,Gothenburg + 5': New Possibilities and New Instruments for Crisis Prevention Policy
Martina Weitsch
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file824.pdf>
- 2 The Role of Civil Society in EU's Civilian Crisis Management RoCS I
Anne Palm
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file826.pdf>
- 3 Partners in Civilian Crisis Prevention and Crisis Management: Co-operation between the EU and NGOs (RoCS II-Process)
Margret Uebber
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file827.pdf>
- 4 Co-operation and Coherence through Improved Dialogue Structures?
Angelika Beer
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file828.pdf>
- 5 The Relations Between the Civil Society, the State and External Actors in Central Asia
Raya Kadyrova
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file829.pdf>
- 6 The Potential and the Difficulties of the Co-operation between State and Civil Society in the Field of Peacebuilding and Conflict Transformation
Mutava Musyimi
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file830.pdf>
- 7 The Gacaca Tribunals in Rwanda: Community Justice?
Susanne Buckley-Zistel
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file831.pdf>
- 8 Is Dealing With the Past Slow and Difficult in our Parts?
Goran Bozicevic
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file832.pdf>
- 9 Aceh Peace Process: Perspective of Human Rights Organisations
Leena Avonius
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file833.pdf>
- 10 Lessons and Challenges for Peacebuilding from Latin America
Miguel Alvarez Gándara
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file834.pdf>
- 11 Russia: Prospects and Opportunities for NGO's Activities in Conflict Regions
Walentina Ivanovna Tscherewatenko
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file835.pdf>
- 12 Local Civil Society Engagement in Democratization Processes: The Story of the National Council of Churches in Kenya
Mutava Musyimi
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file836.pdf>

- 13 Civil Society and Civilian Crisis Management in Chad: Enhancing Cooperation and Coherence by Multi Level Dialogues. Breaking the Endless Spiral of Violence, Rebellion and Repression: the Network for Peace and Reconciliation
Delphine K. Djiraibe
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file837.pdf>
- 14 Sudan: The People-to-People Peace Process
Emmanuel LoWilla
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file838.pdf>
- 15 Uganda: Civil Society Engagement through Peace Alliances: The Case of the Child Soldiers in Northern Uganda
James Odong
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file839.pdf>
- 16 Bougainville Women Build Sustainable Peace and Unity – BICWF Perspective on Peacebuilding
Monica Rartsie Taga
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file840.pdf>
- 17 Change through a Gender Perspective. Example of a Successful Negotiation, Jalalabad, Kyrgyzstan, March Revolution 2005
Raya Kadyrova
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file841.pdf>
- 18 Media Policy in Post-Conflict States: The Example of Afghanistan
Mariam Tutakhel
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file842.pdf>

Annexes

1. Letter by Benita Ferrero-Waldner
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file843.pdf>
2. List of Participants
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file844.pdf>
3. List of Contributors
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file845.pdf>
4. Programme of the Conference
Download-link: <http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file846.pdf>